neuköllnisch

Sommer 2022
Linkes Informations- und Diskussionsblatt

→ neukoellnisch.net

Nein zum Krieg! Nein zur Aufrüstung!

DIE LINKE setzt sich für nachhaltigen Frieden ein - in der Ukraine und überall. Putins Angriffskrieg liefert den Vorwand für Aufrüstung und Militarisierung in Deutschland. SPD, Grüne und FDP haben gemeinsam mit der CDU ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr beschlossen. Das Geld fehlt bei Bildung, Gesundheit, Sozialstaat und bei der Bekämpfung des Klimawandels. Der Krieg geht trotzdem weiter.

DIE LINKE.
Bezirksverband Neukölln

Hermannplatz
Milliardär kann auf Berliner SPD bauen

Preissteigerungen
Inflation treibt Armut an

Neues aus Neukölln

Bild: Ferat Ali Kocak

Naziterror aufklären – zusammen mit der AfD?

Ende Juni nimmt der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zum sogenannten »Neukölln-Komplex« seine Arbeit auf. Damit wird endlich eine zentrale Forderung von Opfern des Nazi-Terrors im Bezirk erfüllt. Auch DIE LINKE Neukölln hat sich dafür stark gemacht. Der Untersuchungsausschuss soll die zahlreichen Verfehlungen der Polizei bei den Ermittlungen aufarbeiten. Die vielen Anschläge und Drohungen wurden bis heute nicht aufgeklärt. Immer wieder werden personelle Überschneidungen zwischen Neuköllner Naziszene, AfD und Ermittlungsbehörden bekannt. Mindestens sechs Polizist:innen sind oder waren in den Neukölln-Komplex verwickelt. Dass nun ausgerechnet Vertreter:innen der AfD im Untersuchungsausschuss sitzen, ist ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen. Ferat Kocak (DIE LINKE), selbst Opfer eines Brandanschlags, betont aus eigener Erfahrung, dass es »lebensgefährlich« sein kann, wenn »sensible Daten in die Hände von Nazis fallen«.

Razzia in Neuköllner Moschee war völlig unbegründet

Mehrere Berliner Moscheen waren während der Pandemie von Razzien betroffen. Auch die Dar-Es-Salaam-Moschee in der Flughafenstraße wurde 2020 von schwer bewaffneten Polizist:innen durchsucht. Presse war ebenfalls eingeladen. Bundesweit wurde über angeblichen Corona-Subventionsbetrug der Gemeinde berichtet. Nun stellte das Amtsgericht Tiergarten fest, dass der Betrugsvorwurf gegen Imam Taha Sabri vollkommen unbegründet war. Dieser äußerte sich erleichtert. Trotzdem hinterlässt der Vorgang tiefe Spuren: »Das Vorgehen der Sicherheitsbehörden und der Staatsanwaltschaft hat wieder einmal gezeigt, dass bei Muslim:innen ein anderer Maßstab angelegt wird«, so Sabri.

Bild: Ffrank Schubert / Wikimedia

Ärger um Kriegsverbrecherdenkmal

Auf dem Friedhof Columbiadamm gibt es einen Gedenkstein zur Ehrung der 26. Panzerdivision der Wehrmacht, die für ein brutales Kriegsverbrechen verantwortlich ist. Im August 1944 jagten Einheiten dieser Division Zivilist:innen, die sich vor den Kampfhandlungen in die Sümpfe nahe der italienischen Stadt Fucecchio geflüchtet hatten. Die Wehrmacht vermutete Partisan:innen unter ihnen. 174 Zivilpersonen wurden bei dem Massaker ermordet, darunter 23 Kleinkinder, 10 Jugendliche und 37 Senior:innen. »Wir müssen uns auch mal damit befassen, was eigentlich auf unseren Friedhöfen alles so rumsteht«, erklärt Susanka Sambefski von der Linksfraktion Neukölln. »Ein Gedenken an diese Wehrmachts-Panzerdivision ist für uns untragbar.«

Bild: hazler_06 / flickr.com

Gewerbetreibende gegen Generalverdacht

Nach fast vier Jahren schikanöser Razzien wandten sich im März 25 Neuköllner Gewerbetreibende an Bezirksbürgermeister Hikel. In ihrem offenen Brief kritisieren sie das unverhältnismäßige Vorgehen von Polizei und Behörden bei Gewerbekontrollen in Shishabars, Cafés und anderen migrantischen Läden, die in der Presse als »Kampf gegen Clankriminalität« verkauft werden: »Unsere Gäste sind angeschrien, mit der Waffe bedroht, und über viele Stunden festgehalten worden. Unsere Läden werden immer wieder zugemacht, ohne dass wir über die Gründe informiert werden.« Die Unterzeichner:innen fordern Respekt und ein Ende des Generalverdachts. Der angesprochene Bürgermeister ist auf ihr Angebot zum Dialog bisher noch nicht eingegangen.

Impressum

Neuköllnisch, Ausgabe 2/2022 (Sommer 2022)

Neuköllnisch wird herausgegeben von DIE LINKE Landesverband Berlin, Kleine Alexanderstr 28, 10178 Berlin.

Auflage der Ausgabe: 3.500

V.i.S.d.P.: Jorinde Schulz

Redaktion: Georg Frankl, Barbara Heinrich, Daniel Kipka-Anton, Julian Koller, Hans Krause, Isabell Rudek, Jorinde Schulz

Titel und Gestaltung: Georg Frankl

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln, Wipperstr. 6, 12055 Berlin, Tel/Fax: (030) 613 59 19
neukoellnisch@lists.posteo.de

Redaktionsschluss: 10.6.2022

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen.

Neuköllnisch ist auf Recyclingpapier gedruckt.

Bild: Linksfraktion Neukölln

Maya Eckes ist neue LINKE-Sprecherin

Auf ihrer Vollversammlung am 3. Mai wählten die Mitglieder der Neuköllner LINKEN Maya Eckes mit großer mehrheit zur neuen Sprecherin des Bezirksverbandes. Die 25-jährige Studentin bildet eine Doppelspitze mit Ruben Lehnert (43), der das Amt bereits seit 2020 innehat. Eckes sitzt bereits seit 2016 im Bezirksvorstand und ist seit den letzten Berlin-Wahlen im September 2021 auch Mitglied der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Die Nachwahl war nötig geworden, weil ihre Vorgängerin Sarah Nagel im Herbst 2021 zur ersten LINKE-Stadträtin in Neukölln gewählt wurde. Nagel hatte daraufhin ihr Amt als Sprecherin zur Verfügung gestellt. neuköllnisch gratuliert und wünscht der neuen Sprecherin viel Erfolg.

Bild: a.aartikpant / flickr.com

Hasenheide: Gefahr durch anhaltende Dürre

Der Klimawandel zieht verheerende Folgen für den beliebten Park nach sich. Wegen der extremen Trockenheit musste zwischen 2018 und 2020 jeder zehnte Baum in der Hasenheide gefällt werden, erklärte Umweltstadtrat Jochen Biedermann (Grüne). Dazu fielen 37 Bäume Stürmen zum Opfer. Das Bezirksamt schien in den letzten Jahren mit der Pflege des Baumbestands in Neukölln überfordert. So wurden die Neuköllner:innen aufgefordert, selbst Bäume im öffentlichen Raum zu gießen. Das Pilotprojekt »Klimaresiliente Hasenheide« soll nun eine Umgestaltung des Parks ermöglichen, die den veränderten Wetterbedingungen entspricht. Traurige Nachrichten gab es für die Neuköllner Maientage: Das beliebte Fest muss einen neuen Ort finden.

Bundesverkehrsministerium will A100 gegen den Willen Berlins weiterbauen

Das FDP-geführte Bundesverkehrsministerium hat gegen den erklärten Willen des Berliner Senats die Ausschreibung für den 17. Bauabschnitt der A100 gestartet. Die Monsterbaustelle, die seit Jahren den Anwohner:innen in Rixdorf, der Köllnischen Heide und Treptow das Leben schwer macht, soll sich weiter über die Spree unter dem Ostkreuz hindurch durch die Parkaue bis zur Storkower Straße fressen. Der Bau soll Milliarden an Euros kosten. Weitere Wohnhäuser und Parkflächen müssten der Trasse weichen. Ökologisch ist das Mammutprojekt eine Katastrophe. Die Verkehrswende wird dadurch konterkariert. Aber auch der Bau selbst würde durch den Betonverbrauch gigantische Mengen an CO_2 freisetzen. DIE LINKE fordert von den Koalitionspartnerinnen, dass der Senat gegen diese Vergeudung und Zerstörung vor das Bundesverfassungsgericht zieht.

Anlässlich des zehnten Jahrestages des Mordes an Burak Bektas (1990-2012) versammelten sich am 14. April rund 200 Menschen an der Gedenkstätte in der Rudower Straße. Die schlampige Arbeit der Ermittlungsbehörden lässt viele Fragen offen. Trotz zahlreicher Hinweise wird nicht in Richtung eines rassistischen Motivs ermittelt. Bild: Neuköllnisch

Ehrenamtliche kompensieren Staatsversagen

Schätzungen zufolge sind bis Mite April bereits über 50.000 Geflüchtete aus der Ukraine in Berlin angekommen. Weil sich der Staat mit der Versorgung überfordert zeigt, helfen Ehrenamtliche den Ankommenden. Ein Besuch am Berliner Hauptbahnhof.

↑ **Freiwillige Helfer:innen** nehmen am Hauptbahnhof Geflüchtete in Empfang.

Bild: Matthias Berg / flickr.com

Es gibt noch was, das wollte ich nicht sagen, solange die Aufnahme an war«, sagt die Helferin in der blauen Weste. Die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine sind längst in Deutschland angekommen. Es gibt viele unterschiedliche Meinungen zu Sanktionen, Waffenlieferungen oder zur NATO. Doch die Hilfsbereitschaft für die Menschen, die vor Gewalt und Zerstörung fliehen, ist groß. Zum Beispiel hier am Hauptbahnhof, wo ehrenamtliche Helfer:innen ukrainische Geflüchtete empfangen und beim Erstkontakt mit der deutschen Bürokratie unterstützen.

Das Wetter ist so grau wie meine Stimmung, als ich aus der S-Bahn steige. Hinter dem Hauptbahnhof angekommen öffnet mir ein Security-Mitarbeiter die Tür zu einem Zelt, in dem Geflüchtete versorgt werden. Plötzlich schwingt die Stimmung um: Es ist hell und freundlich, man sieht Lächeln in den Augen über den Masken, Clowns spielen mit Kindern. Auf Sitzbänken warten Familien. Es gibt ein reichhaltiges Angebot an Informationen, Tee, Beratung.

Clemens trägt eine grüne Weste der Stadtmission, ist ungefähr 60 Jahre alt und steht mit seiner Frau am Rand. Er ist Arzt, aber weil man ihn gerade nicht braucht, beantwortet er mir gerne ein paar Fragen. Er freut sich, helfen zu können. Die Stimmung im Team sei sehr gut. Eines störte ihn aber: Manchmal kämen verzweifelte Wohnraumbesitzer vorbei, die nicht wissen, wie sie Ukrainer:innen erreichen können, um ihnen Unterkünfte anzubieten. Die Website funktioniere nicht. Typisch Berlin.

Helfende werden alleinegelassen

Ich spreche eine Helferin in einer blauen Weste an. Das sind die alten Häs:innen. Ja, es gäbe Probleme: Psychologische Betreuung werde gebraucht. Auf ukrainisch und russisch. Zurzeit leisten das Leute wie sie und Clemens. Und die Betreuenden bräuchten selbst Betreuung. Ich frage lieber nicht nach den Geschichten, die sogar die Helfenden so stark belasten.

Ein zentrales Problem bestehe in den unklaren Perspektiven für die Geflüchteten. Fast alle werden ins »Ankunftszentrum« im ehemaligen Flughafengebäude Tegel geschickt. Aber was passiert dann? Der Satz, den die Freiwilligen am häufigsten sagen müssen: »Ich weiß es nicht.« Das sei frustrierend.

Rassismus gegen Roma

Als das Aufnahmegerät aus ist, zeigt die Helferin mit der blauen Weste auf eine Familie. Ungefähr zehn Menschen sitzen auf Bierbänken an Tischen. Um sie herum toben Kinder. »Die sind schon seit fünf Tagen da.« Ich bin erstaunt über die gute Stimmung. Doch auch ein Platz in diesem Zelt ist besser als Krieg oder Tod. Dann wird sie ernst: »Wir haben Probleme, den Roma zu helfen.« Es gehe um Familien mit zehn, zwölf Personen, manchmal 30. »Wir können sie nirgends unterbringen, nirgendwohin weiterleiten. Das System ist dafür nicht gemacht.« Die Ämter ließen sie hier alleine. Die Roma erfahren dort Rassismus, sagt sie. »Die Zuständigen blocken bei denen ab. Wir haben Glück, dass uns ein kleiner Verein hilft.« Die vielen jungen Helfer:innen vom Mingu Jipen e.V. sind von einer Traube Menschen umringt. Einige sehen aus, als hätten sie in den letzten Tagen sehr wenig geschlafen.

So beeindruckend die große Hilfsbreitschaft hier ist: Wäre das nicht eigentlich Aufgabe des Staates? Wie soll nachhaltige Integration mit so wenig Einsatz gelingen? Oder gibt man sich erneut der Illusion hin, dass die Geflüchteten irgendwann wieder zurückgehen? Wenn die Politik jetzt nicht Geld in die Hand nimmt, droht den Geflüchteten eine Fortsetzung ihres Martyriums für lange Zeit. ◁

Philipp O.

DIE LINKE. NEUKÖLLN

»Wir verteidigen das Recht auf Asyl universell. Dieses Recht sollte auch für Deserteure der russischen und der ukrainischen Armee gelten. Niemand darf zum Krieg gezwungen werden. Unsere Solidarität gilt allen Menschen auf der Flucht! Wir fordern eine diskriminierungsfreie Aufnahme aller Kriegsgeflüchteten in Deutschland unabhängig von Kriegsgebiet, Nationalität und Hautfarbe.«

- Beschluss der Mitgliederversammlung vom 2. Mai 2022

Der Eskalation entgegenwirken

Die russische Armee hat die Ukraine brutal angegriffen. Die Invasion stößt auf heftige Gegenwehr. Das Morden und die Zerstörung müssen aufhören. Doch die Lieferung von schwerem Kriegsgerät durch die NATO-Staaten in die Ukraine droht den Krieg zu verlängern und auszuweiten.

↑ **Alle Kriege** müssen so schnell wie möglich enden.

Bild: Derek Finch / flickr.com

Schätzungen zufolge verfügt das russische Militär über mehr als 6.000 nukleare Sprengköpfe. Das Arsenal der drei NATO-Mächte USA, Frankreich und Vereinigtes Königreich ist wohl etwa genauso groß. Eine direkte Konfrontation muss unbedingt verhindert werden. Nachhaltigen Frieden kann nur eine starke und international ausgerichtete Friedensbewegung erreichen, die sich konsequent gegen die Kriegstreiberei stellt. Nur so kann die Spirale aus Eskalation und Aufrüstung durchbrochen werden. Die Kriege in Vietnam und dem Irak wurden durch entschlossenen Widerstand in den angegriffenen Ländern und durch die Kriegsmüdigkeit in den USA beendet.

Genauso kann Putin von den Menschen in der Ukraine und in Russland gestoppt werden. Mit der Polizeigewalt zeigt Putin Angst vor seinem eigenen Volk. Jegliche Einmischung Seitens der NATO birgt dagegen die Gefahr einer Ausweitung des Krieges. Die Bedrohung aus dem Westen schwächt Putin nicht, sondern hilft ihm, sich als starker Mann und Beschützer aufzuspielen.

Mit der Polizeigewalt in Russland zeigt Putin seine Angst vor seinem eigenen Volk.

Der Krieg in der Ukraine kommt nicht aus heiterem Himmel. Seit vielen Jahren ringen Russland und der Westen um Einfluss und Vormacht in dem zentral gelegenen, rohstoffreichen Land. Die Invasion der russischen Streitkräfte stellt eine neue Stufe der Eskalation dar. Wer diese Spirale durchbrechen will, darf nicht auf die NATO hoffen. Auch im Angesicht der russischen Gräueltaten dürfen wir nicht vergessen, dass auch das westliche Bündnis in zahlreiche Kriegsverbrechen verwickelt und Teil des Problems ist.

Georg Frankl

Zehntausende haben bereits den Appell »НЕТ ВОЙНЕ - Nein zum Krieg!« unterzeichnet. Er richtet sich gegen Krieg und Aufrüstung.

Demokratie und Sozialstaat bewahren - Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!

Die Demonstrationen nach dem russischen Überfall auf die Ukraine waren die größten Friedensdemonstrationen seit dem Irakkrieg im Jahr 2003. Noch am selben Tag, an dem Hunderttausende auf der Straße des 17. Juni protestierten, kündigte Bundeskanzler Scholz (SPD) die größte Aufrüstung Deutschlands seit Ende des Zweiten Weltkriegs an.

Diese massive Hochrüstung der Bundeswehr hilft den Menschen in der Ukraine nicht. Schon jetzt übersteigen die Militäreausgaben aller 30 NATO-Staaten die russischen um fast das Zwanzigfache. Die Anschaffung von konventionellem Kriegsgerät zur Abschreckung ist unter atomaren Militärblöcken ohnehin sinnlos.

Zusätzlich zu den bisherigen 49 Milliarden Euro für Rüstungsausgaben im Haushalt 2022 sollen noch in diesem Jahr 100 Milliarden Euro als Sondervermögen für die Bundeswehr eingestellt werden. Gleichzeitig will die Bundesregierung an der Schuldenbremse festhalten, was mittelfristig massive Kürzungen in anderen Bereichen mit sich bringt.

Wir sind konfrontiert mit Krieg und unendlichem Leid, mit Flucht, mit Armut und sozialer Unsicherheit, mit einer globalen Pandemie und einem ausgezehrten Gesundheitssystem, mit einer Kulturszene, die auf dem Zahnfleisch geht, und mit einem Klimawandel. Die massive Aufrüstung der Bundeswehr können wir uns im Namen der Zukunft nicht leisten.

← Hier unterzeichnen: #derAppell gegen Krieg und Aufrüstung (www.derappell.de)

LINKE will Druck für Enteignung erhöhen

Der Landesparteitag der Berliner LINKEN hat auf Initiative Neuköllns und weiterer Bezirksverbände beschlossen, die Enteignung großer Wohnungsunternehmen voranzutreiben. Auszug aus dem Beschluss:

Die LINKE. Berlin ruft ihre Mitglieder dazu auf, sich an Aktionen der Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen!« zu beteiligen und sie mitzugestalten. Aufgrund der besonderen politischen Bedeutung einer Vergesellschaftung kommt der zivilgesellschaftlichen und außerparlamentarischen Begleitung der Arbeit der Expertenkommission eine gewichtige Bedeutung zu. Wir wollen als Partei und Fraktion im Abgeordnetenhaus gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, kritischen Wissenschaftler:innen, stadtpolitischen Initiativen, Künstler:innen und weiteren zivilgesellschaftlichen Kräften wie Gewerkschaften und Sozialverbänden konkrete Beiträge zu dieser gesellschaftlichen Grundfrage leisten und organisieren. Zudem entwickelt DIE LINKE. Berlin – unter Einbeziehung der Bezirksverbände – eine auf ein Jahr angelegte Kampagne. Dafür produziert sie unter anderem eigenes Material (Plakate, Flyer, Sticker etc.), organisiert Veranstaltungen, schaltet Anzeigen und führt öffentlichkeitswirksame Aktionen.

DIE LINKE. Berlin wird sich auf den nächsten Landesparteitagen erneut mit der Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne befassen, auch weil die Beteiligung der LINKEN am Berlin Senat unter anderem von der Umsetzung des Volksentscheids abhängt.

Aktivist:innen demonstrieren vor dem Landesparteitag der LINKEN für die Enteignung. Bild: DIE LINKE. Neukölln

Interview

»Sie versuchen, unsere Dynamik zu brechen«

Was wird aus dem Volksentscheid zur Enteignung und Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne? neuköllnisch hat mit Moheb Shafaqyar aus der Initiative »Deutsche Wohnen und Co enteignen!« gesprochen.

Moheb Shafaqyar (29) ist aktiv in der Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen!« und in der Kreuzberger LINKEN

Am 26. September haben die Berliner:innen entschieden, große Immobilienkonzerne zu enteignen. Warum geschieht das nicht?

Die Situation auf dem Miet- und Wohnungsmarkt ist dramatisch. Deshalb fordern wir diesen weitreichenden Eingriff. Die Politik hingegen nimmt immer noch nicht das tatsächliche Ausmaß des Problems wahr. Man traut sich eine solch tiefgreifende Maßnahme nicht zu. Insbesondere in der SPD gibt es zudem massive Verflechtungen mit der Immobilienlobby. Die Vergesellschaftung wird deshalb nach wie vor von Teilen des Senats vehement bekämpft.

Der Landesparteitag der SPD hat sich nun überraschend deutlich für die Enteignung ausgesprochen...

Die Basis der Berliner SPD ist offensichtlich unzufrieden mit Giffeys Politik. Ihr hochtrabend angekündigtes Wohnungsbündnis liegt schon in Scherben, bevor es wirklich gestartet ist. Das Mantra »Kooperation statt Konfrontation« ist nach dem Austritt des Mietervereins einerseits und des Zentralverbands der Immobilienwirtschaft andererseits grandios gescheitert.

> **»Wenn nach einem Jahr immer noch kein Gesetz vorliegt, muss es für den Senat so ungemütlich wie möglich werden.«**

Aber die SPD-Basis hat die Zustimmung zur Vergesellschaftung an ein positives Votum der Expertenkommission gebunden. Wie beurteilst du deren Rolle?

Mit der Kommission sollen die Konflikte und Widersprüche aufgeschoben werden. Die 14 Mitglieder sind größtenteils namhafte Juristinnen und Juristen. Die SPD hat drei CDU-nahe Enteignungsgegner benannt. Die übrigen haben sich bisher bedeckt gehalten

Bild: Deutsche Wohnen & Co enteignen / Twitter

oder sympathisch gegenüber der Vergesellschaftung geäußert. Ein positives Votum ist also durchaus realistisch.

Aber steht die Kommission nicht unter großem Druck der Enteignungsgegner in Politik und Wirtschaft?

Man darf nicht unterschätzen, dass diese hochkarätigen Jurist:innen ein Risiko für ihre Reputation eingehen, wenn sie sich einfach vor den politischen Karren der Enteignungsgegner spannen lassen. Ob sie konstruktiv zusammenarbeiten können oder sich bloß gegenseitig blockieren, werden wir im kommenden Jahr sehen, wenn Ergebnisse vorgelegt werden sollen. Auch bei Uneinigkeit ist ein Gesetz vorzulegen. Deswegen wollen wir weiter Druck machen.

Welche Aktivitäten plant ihr von der Initiative außerhalb der Kommission?

Giffey und Co. versuchen, unsere Dynamik zu brechen. Genau das darf und wird nicht passieren. Wir machen das, was wir am Besten können: Aktivistisch weiterarbeiten, die Masse der Berliner Mieter:innen organisieren und Pläne für die Zeit nach der Kommission schmieden. Wenn dann noch immer kein Gesetz vorliegt, muss es für den Senat so ungemütlich wie nur möglich werden. Unsere Mobilisierungsfähigkeit haben wir bereits unter Beweis gestellt.

Vielen Dank

Das Interview führte **Daniel Kipka-Anton**

»Unser Hundeparadies ist jetzt ein Postdepot«

Vor sieben Jahren hat sich Yvonne mit der »Fellpflegerei« im Norden Neuköllns selbstständig gemacht. Über den Tierschutz, dem sie bis heute treu ist, kam die versierte Hundefriseurin zu ihrem Traumberuf. Gemeinsam mit einer Hundeschule und -tagesstätte schuf sie auf einer Brachfläche eines Industriegebietes ein grünes Hundeparadies. Ich selbst saß oft auf ihrer Terrasse vor dem zum Salon umgebauten Mobilheim, wenn meine Fellnase zum Schneiden bei ihr war. Das war Punkrock!

Wöchentlich gab es »freie Stunden«, in denen wir Nachbar:innen die Fläche für uns und unsere Hunde nutzen konnten. Wir alle liebten den Platz! Anfang des Jahres war dann Schluss. Die Begegnungsstätte wird versiegelt und eine Stadtoase durch Beton ersetzt. Der Hundeplatz muss nun einem Postdepot weichen. Die Fellpflegerei hatte Glück und fand ein neues Zuhause im höchsten Haus der Gropiusstadt. Für das Fortbestehen der Hundeschule gibt es noch keine gute Lösung.

Aus aktuellem Anlass organisiert Yvonne mit der Tiertafel e.v. eine kostenlose Erstpflege für mit auf die Flucht genommene ukrainische Hunde. Wünschenswert wäre es, wenn weitere Hundefriseur:innen die Aktion unterstützen.

← **Maria Glänzel** (34) ist mit ihrem Hund Pit Stammgast in der »Fellpflegerei«.

»Meine Kaution kriege ich nur gegen Drohung zurück«

Es ist so frustrierend. Ich muss Geld für eine Mitgliedschaft in einem Mieterschutzverein ausgeben, weil Vermieter:innen sich nicht mal an die bestehenden Regeln halten. In den sieben Jahren, die ich jetzt in Berlin wohne, bin ich viermal umgezogen. Noch nie habe ich eine Kaution ohne Probleme zurückbekommen. Ich musste immer eine Frist setzen.

Zweimal wurde die Kaution erst überwiesen, nachdem ich mit einer Klage gedroht habe. Einmal konnte man angeblich das Abgabeprotokoll nicht mehr finden. Die Verwaltung behauptete, ich müsse diese Dokumente bereitstellen. Natürlich wurde mir nie ein Abgabeprotokoll zugesandt, obwohl ich mehrfach darum gebeten hatte. Als ich verzweifelt meinen Mieterschutzverein kontaktierte, wurde mir gesagt, dass ich das Abgabeprotokoll nicht mal bereitstellen dürfte, wenn ich es könnte. Sie empfahlen mir, eine Frist zu setzen und bei Ablauf zu klagen. Daraufhin waren die Mitarbeiterinnen von der Wohnungsgesellschaft auf einmal nicht mehr so nett, aber ich habe mein Geld bekommen.

← **Jule Merten** (29) ist Studentin und musste nach jedem Umzug um ihre Kaution kämpfen.

Bild: Neuköllnisch

Wirtschaft und Soziales

Inflation treibt Armut an

Die hohen Preissteigerungen für Lebensmittel, Sprit und Energie drohen die Armut weiter zu verschärfen. Auch Neukölln trifft es besonders hart. Wie will die Politik das Problem bekämpfen?

Es ist kein Geheimnis: Die Inflation ist da - und zwar auf einem Rekordhoch. Fast acht Prozent betrug sie im Mai. Die Teuerungsrate für Nahrungsmittel in Deutschland hat sich seit Februar sogar verdoppelt - global soll sie dieses Jahr auf fast 23 Prozent steigen.

Der Wirtschaftskrieg zwischen Russland und dem Westen wirkt sich hauptsächlich auf die Märkte für Agrarprodukte und Erdgas aus. In der Folge explodieren besonders die Preise für Energie und Grundnahrungsmittel. Die Teuerung dringt damit in sensible Lebensbereiche der Bevölkerung vor. Wie so oft leiden ärmere Haushalte am meisten. Sie geben sowieso fast ihr ganzes Einkommen für das Notwendigste aus und können kaum sparen. In Neukölln sind das nicht wenige: 40 Prozent der Kinder und Jugendlichen leben in Familien, die mit niedrigen Sozialleistungen über die Runden kommen müssen. Infolge der Inflation drohen Verschuldung, Mangelernährung, Verlust der Wohnung und psychische Krankheiten.

Infolge der Inflation drohen Verschuldung, Mangelernährung, Verlust der Wohnung und psychische Krankheiten.

Auf diese Entwicklung verweist auch die gemeinnützige Schuldnerberatungsstelle: In ganz Deutschland können immer mehr Menschen Strom und Miete nicht bezahlen. Die Anzahl psychisch kranker Schuldner:innen wachse zudem, so die Organisation. Allein in Berlin wurde bereits im letzten Jahr 12.550 Haushalten die Energieversorgung gesperrt. Die anhaltende Pandemie macht die Situation für die Betroffenen noch schwieriger.

Was also ist zu tun? Die Ampel-Regierung aus SPD, Grünen und FDP hat mit ihrem Entlastungspaket nicht mehr als ein paar Löcher geflickt. Vor allem Rentner:innen, Studierende und Beschäftigte in Minijobs gehen komplett leer aus. Statt Haushalte zu entlasten, hat sie mit dem Tankrabatt den Mineralölkonzernen zu noch mehr Profiten verholfen.

DIE LINKE fordert dagegen eine »Übergewinnsteuer« für Konzerne, die in der Krise riesige Gewinne erzielen. Der Berliner Senat wird einer entsprechenden Bundesratsinitiative Bremens beitreten, erklärte Sozialsenatorin Katja Kipping (DIE LINKE). Außerdem sollte das beliebte Neun-Euro-Ticket verlängert und um ein Investitionspaket für den Öffentlichen Nahverkehr ergänzt werden.

Die Krisenkosten dürfen nicht von den Unternehmen auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Deswegen stehen die Gewerkschaften vor einer großen Aufgabe: Alle Tarifabschlüsse, die hinter der Preissteigerung zurückbleiben, bedeuten faktisch Einkommensverluste. DIE LINKE muss die Beschäftigten mit aller Kraft bei ihren Arbeitskämpfen unterstützen. Im Herbst startet beispielsweise die Auseinandersetzung um den Tarifvertrag im Öffentlichen Dienst (TVÖD), der in Berlin unter anderem bei Vivantes und Charité, BSR und Wasserbetrieben Anwendung findet. Zahlreiche Kolleg:innen in den Neuköllner Standorten sind betroffen.

Julian Koller

Höhere Löhne = höhere Preise?

Arbeitgeber:innen und Investor:innen warnen in der Inflation gerne vor »überzogenen Lohnforderungen«. Sie argumentieren, dass Lohnerhöhungen durch steigende Preise gleich wieder aufgefressen würden. In dieser Rechnung kommen aber ihre Profite gar nicht vor. Steigende Löhne bedeuten zuerst einmal sinkende Gewinne. Viele Unternehmer:innen haben in den letzten zehn Jahren hohe Gewinne erzielt. Die Höhe der Löhne ist - neben Steuern - entscheidend für die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Warme Mahlzeiten und Anlaufstelle zur Vernetzung

Anfang des Jahres ist in Neukölln eine neue Arbeitsgemeinschaft der LINKEN entstanden: Die AG Straße möchte einen politischen Beitrag zur Verbesserung der Situation armer Menschen im Bezirk leisten und als Sprachrohr nach Innen und Außen fungieren, für jene Menschen, deren Stimme häufig nicht gehört wird.

In Neukölln leben sehr viele wohnungslose Menschen. Viele laufen psychisch am Limit. Obwohl der Bezirk immer als »Brennpunktbezirk« bezeichnet wird, wird Seitens der Politik wenig für diese verletzliche Gruppe getan. Harte Corona-Regelungen haben im Winter die Möglichkeiten eingeschränkt, sich an warmen Plätzen aufzuhalten. Häufig sind Wohnungslose diskriminierendem Verhalten von Sicherheitsdiensten hilflos ausgesetzt.

Die AG Straße kocht seit Februar jeden letzten Sonntag im Monat ein »Essen für Alle«, welches vor dem Bahnhof Neukölln und am Hermannplatz aus dem Lastenrad ausgeteilt wird. Essen verbindet. Man erfährt viel von seinem Gegenüber bei einer warmen Mahlzeit. In direkten Gesprächen und in der Zusammenarbeit mit anderen Initiativen lernen wir über die Bedürfnisse wohnungsloser Menschen.

Auf diese Weise soll mehr als nur ein konkreter Beitrag gegen Armut und Verdängung im Kiez geleistet werden. Die AG hat sich vorgenommen, zugleich eine Schnittstelle von betroffenen Menschen mit den Verantwortlichen in der Landespolitik zu bilden. Im März hat ein erstes Austauschtreffen mit der Justizsenatorin Lena Kreck (DIE LINKE) stattgefunden, in dem über die Kriminalisierung klassischer Armutsdelikte gesprochen wurde und über Möglichkeiten, Zwangsräumungen zu verhindern und Leerstand mittels Zweckentfremdungsverbot-Gesetz zu beschlagnahmen.

Die AG Straße will dazu beitragen, Nachbar:innen aus Neukölln zusammenzubringen und den Bezirk im Sinne der Menschen, die hier leben, umzugestalten.

Die AG Straße lädt herzlich ein, vorbeizukommen. Wendet euch bei Fragen oder Ideen an: AgStrasse.Linke-NK@posteo.de

↑ **Jeden letzten Sonntag im Monat** verteilt die AG Straße der LINKEN Neukölln an Verkehrsknotenpunkten warme Mahlzeiten. Bild: Isabell Rudek / Neuköllnisch

Stromsperren in Neukölln

12.550 Stromsperrungen führte das Stromnetz Berlin im Jahr 2021 durch. Davon betrafen 1.083 Neukölln. In den meisten Fällen wurde der Strom abgedreht, weil Rechnungen nicht bezahlt wurden. Häufig geschah das an Freitagen, so dass die Betroffenen erst nach dem Wochenende wieder Strom haben können. Die versprochenen präventiven Beratungsangebote erreichen offensichtlich nicht genug Menschen. In diesem Jahr sind noch mehr Sperrungen zu erwarten. Denn aufgrund des Krieges und gewinngieriger Energiekonzerne steigen die Preise. DIE LINKE fordert die Erhöhung der Grundsicherung, die Vergesellschaftung der Energieversorgung und eine Umstellung auf erneuerbare Energien.

Jorinde Schulz

Das Sozialgesetzbuch (SGB X) sieht in §13 ausdrücklich die Möglichkeit vor, sich bei einem Behördengang von einem Beistand begleiten zu lassen. Das gilt auch für das Jobcenter.

Du hast einen Termin beim Jobcenter Neukölln und willst da nicht alleine hingehen? Dann ruf einfach an oder schreibe uns eine Email. Wir begleiten Dich gerne!

(030) 6 13 59 19
info@die-linke-neukoelln.de

Zukunft der S-Bahn ungewiss

Um die Berliner S-Bahn ist es zur Zeit auffällig still. Dabei läuft nach wie vor ein Ausschreibungsverfahren, das die Zukunft des S-Bahn-Netzes aufs Spiel setzt.

Verschiedene Bahnkonzerne buhlen aktuell um den Betrieb von zwei Teilnetzen der Berliner S-Bahn. Das ist durchaus lukrativ: Seit 2013 liegen die jährlichen Gewinne der S-Bahn Berlin GmbH laut den Angaben im Bundesanzeiger zwischen 40 und 70 Millionen Euro. Noch ist sie als Tochterunternehmen der bundeseigenen Deutschen Bahn AG in öffentlicher Hand. Durch die separate Ausschreibung zweier Teilnetze ist es möglich, dass zukünftig mehrere Betreiber den Betrieb unter sich aufteilen. Chaos und Kompetenzgerangel sind dann vorprogrammiert. Nicht nur der Betrieb, sondern auch die Beschaffung und Instandhaltung der Waggons sind Teil der Ausschreibung. Noch in diesem Jahr soll sich entscheiden, welche Firma zukünftig die S-Bahn betreibt. DIE LINKE Neukölln unterstützt das Bündnis »Eine S-Bahn für alle«. Dort kämpfen Beschäftigte, Klimabewegung und Privatisierungsgegner:innen für einen Abburch der Ausschreibung und für eine S-Bahn in öffentlicher Hand.

Jorinde Schulz

Weiter Unterbesetzung und Dumpinglöhne bei Vivantes

Die Beschäftigten der landeseigenen Vivantes-Klinken haben im größten Krankenhaus-Streik der Geschichte bessere Arbeitsbedingungen durchgesetzt. Nun müssen sie um die Umsetzung kämpfen.

Um die 100 Menschn versammelten sich Anfang April vor dem Vivantes-Klinikum Neukölln zu einer Kundgebung. Die meisten von ihnen arbeiten im Neuköllner Krankenhaus. Vor einem guten halben Jahr standen sie noch täglich hier, als die Beschäftigten der landeseigenen Krankenhauskonzerne Charité und Vivantes und ihrer Tochterunternehmen mehr als vier Wochen lang gestreikt haben. Ziel war die Entlastung des Pflegepersonals durch eine ausreichende Besetzung der Stationen und gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei den Tochterunternehmen. Seitdem Reinigungskräfte, technische Angestellte, Physiotherapeut:innen und ähnliche Berufsgruppen bei Vivantes-Töchtern beschäftigt waren, wurden sie deutlich schlechter bezahlt. Viele arbeiteten für nur 11,11 Euro Stundenlohn.

In dem Streik setzten sich die Beschäftigten durch: Zum 1. Januar 2022 sind die neuen Tarifverträge in Kraft getreten. Aber während die feste Personalzumessung in der Charité bereits umgesetzt wird, hält die Leitung von Vivantes die Beschäftigten hin. Auf den Stationen herrscht weiterhin Personalnotstand. »Die Klinikleitung versteckt sich hinter der angeblich schwierigen technischen Umsetzung der festen Personalzumessung, dabei hatte sie monatelang Zeit, das vorzubereiten«, berichtet Pflegerin und Betriebsrätin Gabi aus den Verhandlungen mit der Arbeitgeberin. »Es wird verzögert, wo es geht, und dann dem Betriebsrat die Schuld in die Schuhe geschoben.« Unterstützt von der

> **Die Konzernleitung hält die Beschäftigten hin, um die Ergebnisse des erfolgreichen Streiks nicht umsetzen zu müssen.**

Gewerkschaft ver.di machen die Beschäftigten die Arbeitsdokumentation jetzt erstmal selbst und können als Ausgleich für die Unterbesetzung Freischichten nehmen. Doch das ist bloße Notwehr gegen die Untätigkeit des Konzerns.

Vivantes macht sogar auf Plakaten in der ganzen Stadt Werbung mit den angeb-

↑ **Entgegen anders lautender Zusagen** werden die Vivantes-Beschäftigten im Regen stehengelassen. Bild: DIE LINKE Neukölln

lich guten Arbeitsbedingungen. Für die Beschäftigten der blanke Hohn. »Unsere Arbeit wird überhaupt nicht wertgeschätzt, das bekommen wir in den Verhandlungen mit der Arbeitgeberin immer wieder zu spüren«, ruft Frank ins Mikrophon. Frank ist Teil der Tarifkommission für die Tochterunternehmen und arbeitet in der Inhouse-Logistik, die das Klinikum Neukölln am Laufen hält.

Auch den TVÖD für die Vivantes-Tochterunternehmen mussten die Beschäftigten gegen starken Widerstand der Geschäftsführung erstreiken. Nun versucht die Konzernleitung, alle Tätigkeiten in möglichst niedrige Lohngruppen einzuordnen, um die Beschäftigten weiter schlecht bezahlen zu können. Zudem hat sie angekündigt, die Lohnsteigerungen ab Januar erst im Frühjahr auszuzahlen – Monate zu spät.

Das lassen sich die Beschäftigten nicht gefallen. Sie sind entschlossen, weiter Druck zu machen: »Notfalls demonstrieren wir weiter vor Vivantes, und auch vor dem Abgeordnetenhaus!« Unterstützung bekommen sie dabei von der LINKEN Neukölln: »Der Senat muss handeln und Vivantes in die Pflicht nehmen«, betont Ferat Kocak. Das Mitglied der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus betont: »Die Berliner:innen stehen hinter Euch, ihr habt bessere Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern erkämpft, und ihr werdet sie auch durchsetzen!« .

Carla Assmann

Zu wenig Lehrkräfte an Berliner Schulen

Jedes Jahr müssten in Berlin 3.000 Lehrkräfte eingestellt werden. Aber die Berliner Unis bilden gerade einmal ein Drittel des Bedarfs aus. DIE LINKE, die Kampagne »Schule muss anders« und die Gewerkschaft GEW fordern dringend eine Ausbildungsoffensive.

Mehr als die Hälfte der Berliner Schulen sind nicht vollständig mit dem vorgesehen Personal ausgestattet, wie eine Anfrage der LINKEN im Abgeordnetenhaus aufgedeckt hat. Besonders betroffen sind Schulen in ärmeren Stadtteilen. In Neukölln sind gleich mehrere Grundschulen nur mit etwa 90 Prozent des vorgesehenen Personals ausgestattet, eine sogar mit 83 Prozent. Der rot-grün-rote Senat wollte bei der Lehrer:innenausbildung sogar noch kürzen. Doch haben Proteste aus der Zivilgesellschaft, unter anderem von »Schule muss anders«, dazu geführt, dass 20 Millionen Euro mehr für die Lehrkräftebildung und multiprofessionelle Teams im Haushalt 2022/23 eingestellt werden. Das ist ein starker Erfolg, aber noch nicht die notwendige Ausbildungsoffensive, die sowohl DIE LINKE als auch die GEW Berlin und »Schule muss anders« fordern. Um zu erreichen, dass endlich genügend Lehrkräfte, Erzieher:innen und Sozialarbeiter:innen in Berlin ausgebildet werden, wird weiterer Druck von unten notwendig sein.

Bild: Schule muss anders!

Philipp Dehne

USA: Erste erfolgreiche Gewerkschaftsgründung bei Amazon

Die Belegschaft eines Amazon-Lagers im New Yorker Stadtbezirk Staten Island hat im April die erste Gewerkschaftsgründung bei Amazon in den USA durchgesetzt. Die Sensation könnte Folgen haben.

Amazon in USA hat lange erfolgreich verhindert, dass Mitarbeiter:innen sich organisieren. Der Internetkonzern ist dafür bekannt, auch auf »union busting« (Gewerkschaftszerschlagung) zurückzugreifen. Beispielsweise wurden Beschäftigte verpflichtet, Meetings zu besuchen, in denen vor Gewerkschaften gewarnt wurde. Doch am 1. April stimmten die Beschäftigten des Versandlagers JFK8 mit einer Mehrheit von 2.654 zu 2.131 Stimmen für eine Gewerkschaftsvertretung. Die Konzernleitung entließ daraufhin eine Reihe von Managern, die offenbar damit betraut waren, genau das zu verhindern. Die Gewerkschafter:innen wollen unter anderem längere Pausenzeiten, bezahlte Krankentage und höhere Löhne durchsetzen.

Auch in Deutschland kämpfen Amazon-Beschäftigte seit langem für bessere Arbeitsbedingungen. Erst im März rief die Gewerkschaft ver.di Mitarbeiter:innen in in Rheinberg, Werne, Koblenz, Bad Hersfeld und Leipzig zu Streiks auf. Sie fordern unter anderem einen Tarifvertrag »Gute und Gesunde Arbeit«.

Soll aus Ruinen auferstehen: Karstadt-Gebäude am Hermannplatz 1929

Bild: janwillemsen/flickr.com

Skandal-Milliardär kann auf die SPD bauen

Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel (SPD) hat das offizielle Verfahren für den Karstadt-Neubau am Hermannplatz eingeleitet. Kritik hagelt es von Anwohner:innen: Eine Initiative übergab 6.000 Unterschriften gegen die Pläne. Auch DIE LINKE wendet sich gegen den Neubau.

Von Beginn an warnte die »Initiative Hermannplatz« vor Verdrängung und Gentrifizierung rund um den Hermannplatz, sollte sich die Firma Signa des österreichischen Milliardärs Réné Benko mit ihren Plänen durchsetzen. Die Aktivist:innen machten auch auf die ökologischen Probleme des Bauprojekts aufmerksam: Durch Abriss und Neubau würden Baustoffe und Energie verschwendet. Beton ist eine CO_2-Schleuder.

6.000 Unterschriften hat die Initiative unter den Anwohner:innen gesammelt. Sie richten sich gegen die »Zerstörung der gewachsenen Kieze und Nachbarschaften«, falls Réné Benko sein Traumprojekt verwirklichen sollte. Außerdem fordern sie mehr Transparenz und ehrliche Beteiligung der Betroffenen. Der Druck hat bereits Wirkung entfaltet: Signa will nur noch Teile des Gebäudes abreißen und dabei ressourcenschonende und klimafreundliche Baustoffe verwenden.

Anwohner:innen fordern mehr Transparenz und Beteiligung bei der Umgestaltung des Hermannplatzes

Die Abgeordnete Katalin Gennburg (DIE LINKE) kritisiert, dass Benkos Pläne auf »maximale Immobilienverwertung« ausgerichtet seien, statt auf die »alltägliche Versorgung« der Kiezbewohner:innen. Doch die Berliner SPD unterstützt weiter die Pläne des Milliardärs.

Jorinde Schulz

Bild: Wikipedia

Wer ist dieser Benko?

René Benko (45) ist ein österreichischer Multimilliardär. Die von ihm gegründete Signa Holding ist Österreichs größtes Immobilienunternehmen. Benkos Aufstieg begann in den 2000er Jahren mit dem Ausbau von Dachböden zu Luxuswohnungen. 2014 wurde er in einem »Musterfall von Korruption« (Richterin) verurteilt. In den 2010ern erwarb Signa erst Karstadt inklusive dem KaDeWe, später auch Galeria Kaufhof. In der Corona-Pandemie wurde Karstadt-Kaufhof mit 680 Millionen Euro an Staatsgeldern »gerettet«. Pikant: An der Signa ist die Ruhrkohlestiftung RAG beteiligt, in deren Kuratorium auch Olaf Scholz (SPD) in seiner Zeit als Bundesfinanzminister saß.

Hermannplatz-Ini eröffnet eigenen Kiosk

Die »Initiative Hermannplatz« kämpft seit drei Jahren gegen den Karstadt-Neubau. Jetzt haben die Aktivist:innen einen eigenen Kiosk. neuköllnisch hat nachgefragt.

Hansel (78) wohnt in Kreuzberg und ist seit 2019 aktiv in der Initiative Hermannplatz.

Anfänglich richteten sich eure Aktivitäten hauptsächlich gegen die Neubau-Pläne...

Bei der Auseinandersetzung mit dem Thema wurde immer klarer, dass das Bauvorhaben tief in die Struktur der Stadt eingreift. Letztendlich soll der ganze Stadtteil umstrukturiert werden. Die weniger gut verdienenden - meist migrantischen - Bevölkerungsteile werden an den Stadtrand verdrängt. Kleinen Läden wird durch steigende Gewerbemieten die Luft zum Atmen genommen.

Was habt ihr mit eurem Kiosk vor?

Dieser kleine Kiosk neben dem großen Karstadt-Gebäude symbolisiert ganz gut unseren Kampf - wie David gegen Goliath. Außerdem steht er auch anderen Gruppen zur Verfügung, um ihre Anliegen an markanter Stelle zum Ausdruck zu bringen.

Wie ist der Stand in eurer Auseinandersetzung?

Es ist wohl schon gelungen, die ursprünglichen Pläne zum Totalabriss zu vereiteln. Nun wollen wir auch den angeblich nachhaltigen »Umbau« verhindern. Zur Nahversorgung reicht das bestehende Kaufhaus völlig aus. Offensichtlich müssen wir uns aber stärker gegen Benkos Unterstützer:innen in der Politik wenden.

Interview: **Joachim Haske** (BO Reuterkiez)

→ **Der Info-Kiosk** steht an der Hasenheide, Ecke Hermannplatz.

Bild: Initiative Hermannplatz

Aus dem Neuköllner Rathaus

Einmal im Monat tagt die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) im Neuköllner Rathaus. Die neun Verordneten der LINKEN legen sich dort immer wieder mit dem Bezirksamt und der Mehrheit aus SPD und Grünen an.

Bürgermeister bremst Rekommunalisierung der Schulreinigung:

Auf Druck der Initiative »Schule in Not«, die zuerst in Neukölln einen Beschluss zur Rekommunalisierung der Schulreinigung herbeiführte, wurde jetzt auf Landesebene Mittel für Pilotprojekte in den Bezirken bereitgestellt. Auf Antrag von Philipp Dehne, Mitglied der Linksfraktion Neukölln und Mitbegründer von »Schule in Not«, hat die BVV jetzt beschlossen, dass Neukölln Einstiegsbezirk werden soll. Der Beschluss ist der letzte in einer langen Reihe von Initiativen, das erfolgreiche Bürgerbegehren endlich umzusetzen. Beharrlich weigert sich Bürgermeister Hikel (SPD) in der Sache tätig zu werden. Und auch jetzt will er sich noch mit dem Warten auf die Einrichtung eines Landesbetriebs aus der Verantwortung stehlen. Für die Linksfraktion erinnerte Dehne an die eindeutige Beschlusslage: Die Reinigungskräfte müssen beim Bezirksamt angestellt werden.

Wo bleibt der Klimabeirat?

Vor mehr als zwei Jahren hat die BVV die Klimanotlage für Neukölln ausgerufen und verschiedene Maßnahmen beschlossen, darunter die Einrichtung eines Klimaschutzbeirats. Seitdem hat sich jedoch nichts getan, wie Bürgermeister Hikel (SPD) jetzt auf Anfrage von Maya Eckes (DIE LINKE) eingestehen musste. Zwar gibt es inzwischen einen Klimaschutzbeauftragten - unklar ist jedoch, mit welchen Zielvorgaben dieser arbeitet. Ein Klimaschutzbeirat unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen und Akteure könnte wertvolle Impulse für den Klimaschutz in Neukölln liefern. Überraschend ist, warum die Grünen in der Zählgemeinschaft mit der SPD so wenig auf die Umsetzung des Beschlusses achten.

BVV-Mehrheit gegen Versammlungsfreiheit für Palästinenser:innen

Am 15. Mai jährte sich zum 74. Mal die Vertreibung der Palästinenser:innen aus ihrer Heimat. Alle zum Gedenken an die sogenannte Nakba angemeldeten Versammlungen auf dem Hermannplatz wurden von der Versammlungsbehörde verboten. Begründet wurde dies mit der Gefahr der Begehung von Straftaten. Auf vorangegangenen Demos machten einzelne Teilnehmer:innen antisemitische Äußerungen, von denen sich die Veranstalter:innen allerdings umgehend distanzierten. Die pauschalen Demonstrationsverbote bedeuten eine massive Einschränkung der Versammlungsfreiheit. Gegen diese Grundrechtsverletzung brachte die Linksfraktion eine Entschließung in die BVV ein. Der Fraktionsvorsitzende Ahmed Abed ordnete das Vorgehen in eine lange Geschichte der Unterdrückung palästinensischer Meinungsäußerung ein. Die Co-Vorsitzende Carla Aßmann spitzte mit der Analogie zu, dass mit derselben Begründung die große Gewerkschaftsdemonstration am 1. Mai verboten werden könnte, weil die regierende Bürgermeisterin Giffey (SPD) dort mit einem Ei beworfen wurde. Susanka Sambefski, jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion, betonte die Bedeutung der Versammlungsfreiheit für die Demokratie. Von all dem wollten alle anderen Fraktionen nichts wissen. Sie stimmten gegen die Resolution der LINKEN und nahmen die massive Einschränkung der Versammlungsfreiheit hin, die sie anderswo - beispielsweise in Russland - so vehement kritisieren. Bleibt zu hoffen, dass die Verbote noch vor Gericht von höheren Instanzen gekippt werden.

Verkehrsberuhigung im Reuterkiez kommt irgendwann

Auf Antrag von engagierten Anwohner:innen hat die BVV mit den Stimmen der LINKEN Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung im Reuterkiez beschlossen. Allerdings wurden zuvor im Verkehrsausschuss auf Drängen der Mehrheit von SPD und Grünen alle verbindlichenn Fristen rausgenommen. Man darf gespannt sein, ob die Umsetzung der Maßnahmen ebenso lange dauert wie die Einrichtung des Radwegs auf der Hermannstraße.

Tony Pohl, Geschäftsführer der Linksfraktion in der BVV Neukölln

Verfolge die Arbeit der Linksfraktion im Rathaus Neukölln!

Die neun Verordneten der LINKEN in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Neukölln kämpfen für mehr soziale und ökologische Politik in unserem Bezirk.

Linksfraktion Neukölln
dielinke.neukoelln
@LinksfraktionNK

www.linksfraktion-neukoelln.de

← **Saharauische Aktivist:innen** protestieren gegen die Zusammenarbeit des Energiekonzerns Siemens Ganesa mit den marrokanischen Behörden in der besetzten Westsahara.

Bild: Twitter / Western Sahara is not for sale

Interview

»Die Menschen müssen von dieser Ungerechtigkeit erfahren!«

Kaum jemand in Deutschland weiß um den jahrzehntelangen Kampf der Sahrauis gegen die Besetzung der Westsahara durch das Königreich Marokko. neuköllnisch sprach mit Nadjet Hamdi von der Frente Polisario.

Nadjet Hamdi (52) lebt in Berlin-Wedding. Die Pschologin ist Mitglied der »Frente Polisario«, der Befreiungsfront der Bevölkerung der Westsahara.

Wie ist der Status der Westsahara nach internationalem Recht?

Seit 1975 hält das Königreich Marokko unser Land militärisch besetzt. Die Westsahara gilt als ein »nicht selbstregiertes Land«. Sie befindet sich immer noch im Dekolonisierungsprozess. Das »Thema Westsahara« wird seit 1973 jedes Jahr in der Kommission für Entkolonialisierung der Vereinten Nationalen diskutiert.

Wie ist die Situation der Bevölkerung?

Wir Sahrauis, so heißt unser Volk, sind seit 1975 über verschiedene Länder verteilt. Ein Großteil ist in Flüchtlingslagern in Algerien nahe der Grenze untergebracht. Andere leben unter marrokanischer Besatzung. Außerdem gibt es kleinere Gruppen in der Diaspora, hauptsächlich in Spanien, aber auch in Frankreich, Mauretanien und Algerien.

Welche Rolle spielen die EU und Deutschland?

Westsahara liegt sehr nah an Europa. Das Land war von 1884 bis 1976 eine spanische Kolonie. Es ist ist sehr reich an Ressourcen, vor allem an Phosphat und Uran, aber auch an Fisch und Agrarprodukten. Die EU, und damit auch Deutschland, hat ein Assoziierungsabkommen mit Marokko unterzeichnet. Damit können sie die Ressourcen der Westsahara ausbeuten. Der EuGH hat dieses Vorgehen als illegal bezeichnet, weil die Westsahara nach internationalem Recht ein eigener Staat ist. Deutsche Firmen wie Siemens, Köster Marine Proteins, DHL oder Heidelberg-Cement, stärken durch ihre Aktivitäten die illegale Besatzung.

> **»Jede zweite Sardinenbüchse, die man in Deutschland isst, kommt aus der Westsahara.«**

Wieso interessieren sich in Deutschland so Wenige für die Westsahara?

Ich glaube, einer der Hauptgründe ist das Unwissen. Viele meinen, Westsahara sei weit weg und man habe damit nichts zu tun. Aber ich möchte daran erinnern, dass jede zweite Sardinendose, die man hier isst, aus der Westsahara kommt. Ebenso die meisten Cherry-Tomaten. Sahrauischer Phosphat ist wichtig für den deutschen Ackerbau. Ich denke, Marokko möchte nicht, dass dieser Konflikt an Bekanntheit gewinnt. Der erste Schritt ist, dass die Menschen von dieser Ungerechtigkeit erfahren. Dann tut sich vielleicht auch etwas hier in Deutschland.

Was fordert die Frente Polisario?

Wir wollen, dass das Völkerrecht respektiert wird. Das ist eigentlich gar nicht so viel, was wird fordern. Es geht darum, dass das Volk der Westsahara das Recht bekommt, selbst über sein Land und sein Schicksal zu entscheiden.

Wie kann man euch hier in Berlin unterstützen?

Sich selbst und andere informieren. Man kann auch die gewählten Abgeordneten kontaktieren und auffordern, sich im Bundestag gegen die Besatzung und Ausbeutung der Westsahara einzusetzen. Es gibt einen Verein »Freiheit für die Westsahara«, den man unterstützen kann.

Bremen hisst am Jahrestag der Gründung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara deren offizielle Flagge...

Natürlich würde ich mich freuen, wenn eines Tages auch vor dem Neuköllner Rathaus unsere Fahne weht!

Interview: **Luis Sanz** (BO Kranoldkiez)

Westsahara ist ein Land in Nordwestafrika. Nach dem Abzug der spanischen Kolonialmacht 1975 marschierten marokkanische Truppen ein. Das von der saharauischen Befreiungsfront »Frente Polisario« gehaltene Gebiet besteht fast vollständig aus unfruchtbarer Wüste.

Bild: Matt Hrkac / flickr.com

Interview

»Es findet keine Debatte über die Verhältnisse in Palästina statt«

In Berlin leben Zehntausende Menschen mit palästinensischen Wurzeln. Fast alle sind Opfer der »Nakba«, der Vertreibungen im Zusammenhang mit der Gründung des Staates Israel. Auch in Berlin sind sie von staatlicher Diskriminierung betroffen.

Josef El-Bohaissi (26) arbeitet für das Palestine Institute for Public Diplomacy. Teile seiner Familie mussten durch die Nakba in den Gazastreifen fliehen.

Kannst du erklären, was hinter dem Begriff »Nakba« steckt?

Nakba heißt übersetzt etwa »Katastrophe« und bezieht sich auf die gewaltsame Vertreibung von über 700.000 Palästinensern aus ihren Häusern und Dörfern 1948. Mein Vater ist einer dieser Vertriebenen - und so auch ich. Das Thema ist kein rein historisches: Bis heute dauert der Prozess der Vertreibung und die versuchte Eliminierung palästinensischer Existenz in ihren vielfältigen Facetten an. Wir sprechen von einer andauernden Nakba, da wir heute unter derselben Gefahr ethnischer Auslöschung stehen wie damals.

Berlin und speziell Neukölln haben eine sehr große, diverse palästinensische Community. Was hat die Nakba mit ihrem heutigen Leben zu tun?

Ich kann nicht für alle Palästinenser:innen in Neukölln oder gar ganz Berlin sprechen. Es geht hier um etwa 40.000 bis 50.000 Menschen. Aus Erfahrung weiß ich, dass der Imperialismus und die dadurch verursachte Nakba das Grundproblem des palästinensischen Lebens in Berlin darstellen: Erzwungenes Verlassen des Heimatlands, ein kollektives Trauma, das von Generation zu Generation weitergegeben wird und sich verstärkt, sowie natürlich die Unterdrückung in Deutschland. Antipalästinensischer Rassismus nimmt dabei eine spezielle Rolle ein und wird oft nicht als solcher wahrgenommen.

> **»Ein kollektives Trauma, das von Generation zu Generation weitergegeben wird und sich verstärkt«**

Dass Amnesty International die israelische Politik als Apartheid bezeichnet hat, hat in Deutschland heftige Debatten ausgelöst. Wie nimmst du das wahr?

Das Problem ist gerade, dass keine Debatte über die Verhältnisse in Palästina stattfindet. Es wird ausschließlich über Antisemitismus diskutiert.

Woran liegt das?

Meiner Einschätzung nach liegt das im Interesse des deutschen Staates. Durch das Festhalten an der Allianz mit Israel kann Deutschland vorgeben, mit den Verbrechen der NS-Zeit gebrochen zu haben, und seitdem ein »guter« Staat zu sein. Das hat es Deutschland erlaubt, globale Machtpolitik – sei es geopolitisch oder wirtschaftlich – zu betreiben.

Was bedeutet das für die Palästinenser:innen in Deutschland?

Palästinenser:innen werden als fremd, terroristisch, unzivilisiert, frauenverachtend und antisemitisch gebrandmarkt – und kriminalisiert. Ihre Stimmen werden in der deutschen Öffentlichkeit selten gehört, was eine ehrliche Debatte über Palästina und Israel unmöglich macht. Was wir brauchen, sind daher Bilder und Stimmen, um Raum für eine faktenbasierte Debatte zu schaffen .

Interview: **Daniel Kipka-Anton** (BO Süd)

↓ **Über 70 Gäste** diskutierten im Mai auf Einladung der LINKEN Neukölln und weiterer Organisationen über die andauernde Nakba. Bild: Neuköllnisch

Mach mit! Komm zur LINKEN Neukölln!

»Um ein gutes Leben für die Menschen in Neukölln zu erreichen, müssen wir uns organisieren und uns mit den Mächtigen anlegen. DIE LINKE Neukölln macht den Unterschied. Wir machen Druck mit den Menschen und für die Menschen in Neukölln. Auf der Straße, in Initiativen und im Parlament. Je mehr wir sind, desto mehr können wir erreichen.«

Aus dem »Programm für Neukölln« der LINKEN

→ Abonniere jetzt unseren **telegram-Kanal** und erhalte Einladungen zu unseren Veranstaltungen.

Basisorganisationen (BO) der LINKEN in Neukölln

Basisdemokratisches Rückgrat und Zentrum unserer Aktivitäten. Interessierte sind jederzeit willkommen! Melde dich einfach bei info@die-linke-neukoelln.de

- **BO Reuterkiez**
  Treffen jeden 2. und 4. Montag im Monat von 18 bis 20 Uhr
- **BO Hermannstraße**
  Treffen jeden 2., 4. und ggf. 5. Mittwoch im Monat um 19 Uhr
- **BO Sonne**
  Treffen jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat um 19 Uhr
- **BO Rixdorf**
  Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat um 19 Uhr
- **BO Kranoldkiez**
  Treffen jeden 2. Donnerstag um 19 Uhr
- **BO Süd**
  Treffen jeden 1., 3. und ggf. 5. Mittwoch im Monat um 18 Uhr

Linksjugend [’solid] Kreuzkölln

- Treffen jeden Mittwoch um 18 Uhr

Kostenfreie Rechtsberatung

Mittwochs 14-16 Uhr

- **Mietrecht:**
  1. und 3. Mittwoch im Monat
- **Jobcenter und Sozialrecht:**
  2. und 4. Mittwoch im Monat

Terminvereinbarung: 030 / 6 13 59 19
tony.pohl@die-linke-neukoelln.de

Termine der BO Rixdorf

5.7.: Wer sind wir und wenn ja wie viele? / Wie kommt die Linke aus der Krise?

19.7.: Ausbeutung oder Integration - Ukrainer*innen auf dem deutschen Arbeitsmarkt

2.8.: 40 Jahre Neoliberalismus in Chile

16.8.: Das bedingungslose Grundeinkommen - eine gute Idee?

30.8.: HASS ANGST WUT BEGEHREN - Emotionen und Affekte in der Politik

Jeweils um 19 Uhr in der Wipperstraße 6

Kennenlern-Tischtennis der BO Süd

Mi., 6. Juli 2022, 19 Uhr Goldammerstraße 34

LINKER Stammtisch

Fr., 8. Juli 2022, ab 19.30 Uhr Karanfil, Weisestraße 3

Wipperstraße 6, 12055 Berlin
www.die-linke-neukoelln.de
(030) 6 13 59 19

DIE LINKE. Neukölln
dielinke.neukoelln
@LinkeNeukoelln